

VdK
Kreis Groß-Gerau

Christiane Böhm – Robert Kohl Parra

Kreisvorsitzende

E-Mail: vorstand@die-linke-gg.de

Web: www.die-linke-gg.de

Groß-Gerau, den 05.03.21

gerne beantworten wir die Fragen des VdK zur Kommunalwahl. Vielen Dank für Eure Fragen und die Arbeit, die Ihr Euch bei der Bestimmung der wichtigen Aufgaben im Kreis gemacht habt. Das gibt uns für unsere weitere politische Arbeit enormen Aufwind.

1. Haus- und fachärztliche Versorgung

Bei der Gesundheitsversorgung sehen wir die Notwendigkeit, dass die stationäre mit der ambulanten Versorgung eng verzahnt wird. Wir sprechen am liebsten von einer sektorenfreien Versorgung, die es schafft, von den Menschen ausgehend die notwendigen Angebote vorzuhalten. Dafür wird die Kreisklinik (und die beiden anderen Krankenhäuser) gebraucht. Die Kreisklinik soll zukünftig mehr ambulante Angebote vorhalten, sie plante ja bereits mit weiteren medizinischen Versorgungszentren in Biebesheim und Büttelborn. Aufgrund der Insolvenz in Eigenverantwortung und der Corona-Pandemie musste dies erst mal in den Hintergrund treten. Wichtig ist uns, dass die medizinischen Versorgungszentren auf keinen Fall in die Hände privater Gesundheitskonzerne fallen dürfen.

Der Kreis Groß-Gerau führt seit fünf Jahren jährlich eine Gesundheitskonferenz durch. Ziel ist festzustellen, wie die Versorgung in bestimmten Segmenten funktioniert und verbessert werden kann. Dabei spielt auch die ambulante Versorgung eine große Rolle, die Vernetzung der Praxen wird vom Gesundheitsamt gefördert, der Einsatz des Kreises für Arztpraxen vor Ort und die richtigen Standorte wird geleistet.

Die Gemeindeschwestern, die vom Land gefördert werden, können in Bezug auf die Versorgung älterer Patientinnen und Patienten eine wichtige Rolle spielen. Wir streben ambulante Gesundheitszentren an, in die neben den Arztpraxen, Gemeindeschwestern, Pflegepersonal, Heilmittelerbringer*innen, Psychotherapeut*innen und Beratungsstellen integriert sind. Hier sollte der Kreis in der nächsten Wahlperiode tatsächlich aktiv werden.

2. Pflege

Das Pflegethema liegt heute schon als sehr bedeutende sozialpolitische Frage auf dem Tisch, das wird sich in den nächsten Jahren um vieles verstärken. Immer mehr Menschen werden pflegebedürftig. Es gibt wesentlich zu wenig Pflegekräfte, ob dies im häuslichen, im ambulanten oder stationären Bereich ist. Der Pflegestützpunkt hat eine wichtige Aufgabe bei der Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Er wurde vor einiger Zeit personell verstärkt. Eine weitere Verstärkung sollte geprüft werden. Mit den kommunalen Beratungsstellen gibt es allerdings Unterstützung vor Ort, dort erhalten Menschen erste Informationen und Hilfen, auch die Möglichkeit der Selbsthilfe. Das System der Beratungs- und Koordinierungsstellen in Rheinland-Pfalz sehen wir dem hessischen überlegen, da dort auf Stadtteil- und Ortsebene Pflegestützpunkte existieren. Dort liegen aber andere finanzielle Anstrengungen von Seiten des Landes zu Grunde, Allerdings müssten auch die Krankenkassen bei einer Ausweitung mitspielen.

Die familienunterstützenden Angebote der häuslichen Pflege sind dringend auszubauen. Das beginnt bei Tages- und Kurzzeitpflegeangeboten, familienergänzenden Diensten, Entlastungsangeboten an pflegende Angehörige, haushaltsnahe Dienstleistungen, ambulanter Pflege und hört bei den alltagsunterstützenden Diensten noch nicht auf. Im Kreis Groß-Gerau werden 85 % der Pflegebedürftigen im häuslichen Bereich gepflegt. Dafür muss mehr getan werden, sonst sind die Familien und Angehörigen irgendwann nicht mehr in der Lage diese wichtige Arbeit zu leisten.

In der Anlage erhalten Sie einen Bericht des Kreises, der auf Basis der Fragen der Kreistagskoalition erstellt wurde. Daraus ergeben sich unserer Ansicht nach die wichtigsten Tätigkeitsfelder für die neue Wahlperiode. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze in der Pflege, mehr Unterstützung für die Pflegeeinrichtungen, so dass sie Pflegekräfte finden, bessere Bezahlung in der Pflege und mehr Anerkennung für den Beruf und die Tatsache, dass Menschen alt werden und Hilfe und Unterstützung brauchen können. .

3. Barrierefreiheit

a. Kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragte

Der Kreis kann die Einrichtung solcher Beauftragter und Beiräte anregen, allerdings nicht verlangen. Es sollte überprüft werden, was der Kreis dafür tun kann. Der Kreis selbst hat einen Inklusionsbeirat, in dem die von Ihnen genannten Themen stattfinden.

b. Barrierefreiheit

Barrierefreiheit sollte in allen Bereichen Realität sein, das ist aber noch lange nicht der Fall, schon alleine, wenn ich mir die Fußwege vor Ort anschau und weiß, dass viele Menschen aufgrund der Stolperfallen nicht mehr vor die Tür gehen oder nur, wenn sie gefahren werden. Dazu gehören Veranstaltungen, die nicht nur in Bezug auf räumliche Barrieren, sondern auch für Menschen mit Hör- und Sehbeeinträchtigungen genutzt werden sollten. Dazu gehören Supermärkte und Banken, die auf die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen eingestellt sind, öffentliche Verkehrsmittel und Wege, die mit Rollator und Rollstuhl zurückgelegt werden können und vieles mehr. Nicht zuletzt muss es für Menschen mit Beeinträchtigungen möglich sein sich ehrenamtlich und politisch zu engagieren – ohne Barrieren. Hier ist noch viel zu tun. Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken. Wir bitten den VdK möglichst konkret die notwendigen Maßnahmen zu benennen, wo Barrieren die Beteiligung behindern, damit die politischen Gremien an Lösungen arbeiten können.

4. Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum

Der fehlende bezahlbare Wohnraum ist das größte sozialpolitische Problem im Kreis Groß-Gerau. Viele Menschen müssen etwa die Hälfte ihres Einkommens für Miete und Nebenkosten einsetzen. Viele leben in zu kleinen Wohnungen, was gerade in der Corona-Pandemie ein großes Problem darstellt, weil sie sich keine andere Wohnung leisten können.

Dieses Thema hat uns in den vergangenen Jahren besonders beschäftigt, allerdings sind dem Kreis Grenzen in seinem Einfluss gesetzt. Wie Sie so richtig schreiben, kann der Kreis nur mit den Kommunen für barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum verhandeln. Das hat er getan und wird es auch weiter tun. Beispielsweise beschäftigt der Kreis einen Wohnraummanager, der die Kommunen dabei unterstützt. Denn nur die Kommunen können Flächen zur Verfügung stellen, auf denen sozial geförderter Wohnraum errichtet wird. Die Mindestquote sollte hier 30% betragen, barrierefreie Wohnungen vorgeschrieben werden. Wir sehen es als notwendig an, dass es mehr öffentliche oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften gibt. Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht zum Profit von Fondsgesellschaften und Aktionären beitragen.

Der Kreis richtet jetzt eine Wohnungssicherungsstelle ein, deren Aufgabe es sein wird Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verhindern. Er wird die Angemessenheitsgrenzen für Grundsicherungsempfänger*innen in diesem Jahr erhöhen. Er unterstützt weiterhin das Projekt

Vitamin B, mit dem Wohnraum gewonnen werden kann, der neu akquiriert wird, weil private Eigentümer*innen bisher gescheut haben ihre Wohnung zu vermieten.

Wir sehen es auch als notwendig an Menschen zu unterstützen, die bereits obdachlos geworden sind, insbesondere mit der Möglichkeit eine Wohnung anzumieten und dabei Unterstützung zu erhalten.

5. Mobilitätskonzept

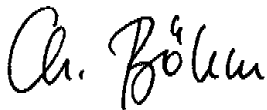
Zur Entwicklung eines Mobilitätskonzepts sollte man sich nach der Wahl auf jeden Fall zusammensetzen. Es gibt einen Nahverkehrsplan und Konzepte zur Förderung des Fuß- und Fahrradverkehrs, aber noch kein integriertes Konzept.

Wichtig ist uns, dass der Schwerpunkt aus den öffentlichen Nahverkehr, Fuß- und Radverkehr gelegt wird. Einrichtungen aller Art sollten wohnortnah erreichbar sein, dazu sollte der Kreis die Kommunen unterstützen.

Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut und barrierefrei werden. Er sollte auch die Bezahlbarriere verhindern. Für viele Menschen sind die Monatskarten zu teuer, selbst das 365 Euro Ticket ist für ältere Menschen nur bedingt attraktiv. Wir streben einen Nulltarif an, der über Umlagen finanziert wird, diese sollen von Arbeitgeber*innen und Supermärkten in erster Linie kommen, wir sehen aber auch die Notwendigkeit, dass alle Menschen mit entsprechendem Einkommen zu einem attraktiven und kostenlosen Nahverkehr beitragen. Das entlastet Straßen und verhindert weitere teure und Flächen versiegelnde Straßenbauten.

Bürgerbeteiligung bzw. die Beteiligung der Verbände und Initiativen sehen wir als LINKE in allen Bereichen als notwendig an. Die Kompetenz dieser Vertreter*innen und ihrer Organisationen muss grundsätzlich und anlassbezogen eingeholt und berücksichtigt werden. Dazu sollten auch die Kommissionen und Beiräte des Kreises aufgewertet werden.

Mit solidarischen Grüßen



Christiane Böhm